

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
155 · Ausgabe CH · Juli 2015
AZB 3001 Bern

SP

Politik am Küchentisch

Zurzeit finden in der ganzen Schweiz Hunderte von «Küchentisch-Treffen» statt. Sie sind wichtiger Teil unserer Basiskampagne: Bis im Oktober wollen wir mit mindestens 100 000 Menschen sprechen und ihnen klarmachen, warum die SP zulegen muss. Seiten 2 bis 4

ELTERNZEIT

Genauso wie für Frauen braucht es auch für Männer Modelle, die mehr Freiheiten beim Ausbalancieren von Familien- und Arbeitszeit erlauben. Seite 8

GEMEINDEPOLITIK

Mit einer kreativen Aktion kämpft eine SP-Sektion gegen das mangelnde Interesse der Bevölkerung an politischen Ämtern in der Gemeinde. Seite 17

«Wir zählen auf das Engagement jedes einzelnen Mitglieds»

NACH DEN SOMMERFERIEN KOMMT DER WAHLKAMPF IN DIE HEISSE PHASE, DENN AM 18. OKTOBER GEHT ES UM VIEL. DIE CO-GENERALSEKRETÄRINNEN LEYLA GÜL UND FLAVIA WASSERFALLEN ÜBER DIE BEDEUTUNG DER WAHLEN, UNSERE THEMEN UND EINE AMBITIONIERTE KAMPAGNE.

Was ist das Wahlziel der SP?

Leyla: Zulegen und mindestens 20 Prozent der Stimmen bekommen. Wir machen aber nicht Wahlkampf für die Statistik. Entscheidend ist, dass wir gewinnen!

Warum?

Flavia: Wir stehen am 18. Oktober vor einem Richtungsentscheid: Wollen wir uns von Europa und der Welt abschotten? Wollen wir Grosskonzerne und Reiche weiterhin privilegiert behandeln? Unsere Antwort ist: Nein. Wir wollen eine andere Schweiz. Wir wollen die Gemeinschaft stärken und eine gerechtere Verteilung erreichen.

Das ist nicht neu ...

Leyla: Es ist 125 Jahre alt! So lange schon setzt sich die SP für eine gerechte Verteilung von Wohlstand und Chancen ein, für mehr Mitsprache und echte Demokratie. Wir haben schon sehr viel erreicht, gleichzeitig sind unsere Anliegen dringender denn je. Obwohl wir eines der reichsten Länder sind, sind Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt. Die reichsten 2 Prozent besitzen gleich viel wie die anderen 98 Prozent zusammen. Das wollen wir ändern. Denn wir sind dann stark, wenn es allen gut geht, und nicht nur ein paar wenigen.

Flavia: Der Wahlausgang bestimmt das politische Klima der nächsten vier Jahre. Aber auch realpolitisch ist es wichtig, wie wir abschneiden. Dank den 18,7 Prozent bei den letzten Wahlen haben wir 46 Sitze im Nationalrat und 11 im Ständerat. Obwohl das Parlament bürgerlich dominiert ist, gibt es Themen, in denen wir zusammen mit den Grünen und progressiven Kräften der Mitteparteien Mehrheiten finden. Auch in für uns wichtigen Fragen.

Gibt es konkrete Beispiele?

Flavia: Beispiele sind die Energiewende, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder die Reformen für einen sauberen Finanzplatz. Dieser «Block» hat im Nationalrat eine Mehrheit von wenigen Stimmen. Nur schon ein einzelner Parlamentssitz kann

Interview:
Stefan
Krattiger

entscheidend sein! So entschied CVP-Nationalratspräsident Lustenberger im März des letzten Jahres mit Stichentscheid, dass Schweizer Waffen neu auch an Staaten geliefert werden können, welche die Menschenrechte systematisch verletzen. Hätte die SP einen Sitz mehr gehabt, hätten wir dies verhindern können. Deshalb: Wir müssen im Herbst zulegen!

Welches sind unsere Themen im Wahlkampf?

Leyla: Wir kämpfen mit unseren Forderungen für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch gleiche Chancen erhält und über seine Lebensverhältnisse bestimmen kann. Wahrer Fortschritt hat das Ziel, allen Menschen – egal welcher Herkunft – ein gutes Leben in und mit der Gesellschaft zu ermöglichen.

Was heisst das konkret?

Leyla: Wir wollen anständige Löhne, bezahlbare Wohnungen und sichere Renten für alle. Das sind unsere drei Hauptthemen. Wir wollen zum Beispiel endlich Lohngleichheit. Unternehmensgewinne, Boni, Abgangsentschädigungen und Managerlöhne steigen stetig. Gleichzeitig klappt aber zwischen Mann und Frau immer noch eine Lohnlücke von zwanzig Prozent und die mittleren und unteren Einkommen stagnieren. Höchste Zeit, dass die Lohngleichheit mit verbindlichen Massnahmen durchgesetzt wird und alle anständige Löhne erhalten.

Flavia: Anständige Löhne sind im Interesse aller, genau wie bezahlbare Wohnungen. Immobilienfirmen investieren im grossen Stil in Luxusüberbauungen. An vielen Hotspots werden die Mieten ungerechtfertigt in die Höhe getrieben. Vor allem in Städten und der Agglo sind erschwingliche Wohnungen Mangelware. Die SP will diese Entwicklung stoppen.

Mit welchen Massnahmen?

Flavia: Mit Mindestquoten für gemeinnützigen Wohnungsbau. Das ist eines der zehn Projekte unserer Wahlplattform. Eine Börsensteuer, Kindergutschriften und eine rasche Energiewende finden darin ebenso Platz wie ein besserer Kündigungsschutz.

UNSERE 10 PROJEKTE

Löhne: Lohngleichheit mit verbindlichen Vorgaben und flächendeckenden Gesamtarbeitsverträgen durchsetzen.

Wohnungen: Mindestquoten für gemeinnützigen Wohnraum garantieren, genügend bezahlbare Wohnungen für alle.

Altersvorsorge: Die massvolle Erhöhung der AHV-Renten um 10 Prozent gewährleistet endlich ein Alter in Würde für alle.

Ältere Arbeitnehmende: Ein besserer Kündigungsschutz bewahrt Angestellte ab 50 vor Langzeitarbeitslosigkeit.

Börsensteuer: Eine Börsensteuer stoppt unsinnige Spekulationen und stabilisiert die Finanzmärkte.



Die SP-Co-Generalsekretärinnen Leyla Gül (l.) und Flavia Wasserfallen setzen im Wahlkampf auf das, was die SP und ihre Stärke ausmacht: ihre Mitglieder.

schutz für ältere Arbeitnehmende und eine Erhöhung der AHV-Renten um 10 Prozent.

Das ist das dritte Hauptthema: sichere Renten.

Leyla: Genau. Während sich die Versicherungen mit unserem Kapital in der zweiten Säule eine goldene Nase verdienen, fordern die Bürgerlichen eine Erhöhung des Rentenalters und Leistungskürzungen. Wir wollen eine Stärkung der AHV, damit alle gute Renten haben und nicht nur ein paar wenige Gutsituierte. Und wir fordern Transparenz und faire Regeln für die zweite Säule. Auch darüber wollen wir in den nächsten Monaten mit den Menschen sprechen ...

Flavia: ... das mit dem Sprechen ist wörtlich gemeint. 2011 haben uns rund eine halbe Million Stimmberechtigte gewählt, 2015 sollen es mehr sein. Wir setzen dabei auf das, was die SP und ihre Stärke ausmacht: Menschen, unsere Mitglieder, die Freiwilligen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen die Politik

bestimmen und nicht dubiose Millionen-Spender, die teure Inserate und Plakatkampagnen finanzieren. Wir setzen auf das direkte Gespräch und wollen bis zu den Wahlen mit möglichst vielen Menschen persönlich sprechen. Wir wollen sie überzeugen, uns zu wählen.

Leyla: Wir, die dreissigtausend Mitglieder der SP, wollen mit mehr als hunderttausend Freundinnen und Freunden, Verwandten und SP-Sympis reden. Neben den Gesprächen in der Nachbarschaft, am Familientisch und im Quartier wird dies auch am Telefon geschehen. Das ist unsere Basiskampagne.

Eine grosse Kiste!

Flavia: Es wird funktionieren, denn die SP hat die aktivste Basis aller Parteien. Wenn das jemand schaffen kann, dann wir. Es ist super angelaufen und wir zählen auf das Engagement jedes einzelnen Mitglieds. Es ist eben eine Kampagne für alle statt für wenige.

Kinderbetreuung: Gleiche Chancen für alle dank der flächendeckenden Einführung von Kitas und Tagesschulen.

Familien: Kindergutschriften statt Steuerabzüge sorgen endlich für eine echte Entlastung der Familien.

Gesundheit: Die Krankenkassenprämien dürfen höchstens 10 Prozent des Haushaltseinkommens ausmachen.

Verkehr: Eine Begegnungszone in jeder Agglomerationsgemeinde sorgt für mehr Lebensqualität für alle.

Energiewende: Ein verbindlicher und rascher Atomausstieg ermöglicht eine erneuerbare Energiezukunft.

Aufgewachsen mit Politik am Küchentisch

**DIE FRISCH GEWÄHLTE ZÜRCHER KANTONS RÄTIN ESTHER MEIER
ERZÄHLT AUS IHREM GANZ PERSÖNLICHEN BASISWAHLKAMPF.**



Ich bin mit politischen Diskussionen am Küchentisch aufgewachsen. Mein Vater war politisch sehr interessiert und so wurde bei uns zu Hause viel diskutiert. Er nahm oft kein Blatt vor den Mund und deshalb war ich es früh gewohnt, kritisch und manchmal auch frech zu sein. Wohl auch deshalb gefällt mir die Idee, SP-Mitglieder, Freundinnen und Freunde und Bekannte nach Hause einzuladen.

Im Frühling habe ich für den Kantonsratswahlkampf ein Küchentisch-Treffen bei mir zu Hause organisiert und es war eine super Erfahrung. In einer bürgerlich geprägten Gemeinde wie Zollikon tut es richtig gut, sich mit Gleichgesinnten aus der Region auszutauschen. Es ist schön zu sehen, dass man mit seinen Ansichten gar nicht so allein ist. Und gemeinsam fühlt man sich einfach stärker. Ich habe meine Gäste gefragt, ob sie sich für meine Wahl einsetzen und bei den Telefonanlässen mithelfen.

Die Telefonanlässe vor den Wahlen haben uns alle überrascht. Nicht nur ich, auch mein Mann und einige meiner Bekannten waren anfangs eher skeptisch. Aber als Kandidatin habe ich mir gesagt: «Dass ich da nicht mitmache, das geht jetzt wirklich nicht! Jetzt mache ich etwas, jetzt engagiere ich mich!» Und als wir dann zu telefonieren begannen, verflog unsere anfängliche Skepsis schnell. Sogar mein Mann, der nicht SP-Mitglied ist, war vom Projekt begeistert und telefonierte vor den Wahlen fleissig für uns – sogar noch zu Hause im Bett!

Das Besondere an den Anlässen war einerseits zu sehen, wie viele Menschen sich in ihrer Freizeit für ihre politischen Werte einsetzen; darunter auch solche, von denen

ich es nicht erwartet hätte. Einen solchen Einsatz der Basismitglieder kann ich mir bei den meisten anderen Parteien nun wirklich nicht vorstellen. Dieses Engagement ist genau unsere Stärke und es freut mich sehr, dass die Kampagne für die eidgenössischen Wahlen darauf setzt.

Ein anderer wichtiger Grund für die gute Stimmung beim Telefonieren waren die mehrheitlich positiven Reaktionen der Wählerinnen und Wähler am Telefon. Ich mag diese Gespräche vor allem darum, weil ich allgemein gerne mit Leuten plaudere, weil sie es mir erlauben, in Kontakt mit den Leuten zu treten und auf ihre Anliegen und Fragen eingehen zu können. Diese Art von direktem Kontakt kann man auch mit noch so vielen Postkarten und Plakaten nicht erreichen.

Ein Erlebnis ist mir dabei besonders in Erinnerung geblieben: Ein Mann am Telefon erzählte mir, er habe die Wahlunterlagen bereits ins Altpapier geworfen, wähle allgemein eher selten und dann auch nicht unbedingt SP. Wir hatten aber dennoch ein anregendes Gespräch. Einige Tage später staunte ich dann nicht schlecht, als ich ein E-Mail von ebendiesem Mann erhielt. Er schrieb mir, er habe nach unserem Telefongespräch den Wahlzettel tatsächlich noch hervorgeholt und seine Stimme sowie die seiner Frau und seiner Tochter seien uns sicher. Dass er sich die Mühe gemacht hat, meine Adresse ausfindig zu machen und mir dies zu schreiben, hat mich sehr berührt. Nach dieser guten Erfahrung im Frühling hoffe ich sehr, dass auch im Herbst möglichst viele mitmachen und wir dank dem Engagement unserer Mitglieder die Wahlen gewinnen.»

Aufgezeichnet von Nicola Yuste,
Projektkoordinatorin Basiskampagne 2015

DIE BASISKAMPAGNE SETZT AUF DICH!

An folgenden Samstagen finden in der ganzen Schweiz Telefonanlässe statt:

26. September

3. Oktober

10. Oktober

Möchtest auch du dich aktiv beteiligen?
Melde dich bei uns mit einem E-Mail an
basiswahlkampf@spschweiz.ch, wir freuen uns
auf einen gemeinsamen starken Wahlkampf!



Knapp zwei Drittel aller Jugendlichen in der Schweiz absolvieren eine Berufslehre. Die JUSO will mit einer Kampagne ihre Rechte verteidigen und ausbauen.

Fight for your rights!

DIE BERUFSLEHRE GILT IM IN- UND AUSLAND ALS ERFOLGSMODELL. DABEI GEHT VERGESSEN, DASS SIE MIT ZAHLREICHEN PROBLEMEN ZU KÄMPFEN HAT. MIT EINER KAMPAGNE NIMMT SICH DIE JUSO DIESEN MISSTAND VOR.

Eine Bekannte, nennen wir sie Veronica, macht eine Ausbildung als Elektromonteurin. Ihre Arbeit interessiert sie und gefällt ihr grundsätzlich sehr. Mit ihrem Lehrbetrieb ist sie aber überhaupt nicht zufrieden. Nicht nur verdient sie weniger als ihre männlichen Kollegen. Berufsfremde Arbeit, unbetreute Arbeitsplätze und Überstunden gehören für sie zum Alltag. Im dritten Lehrjahr ist sie für den Betrieb eine grosse Hilfe – zu einem extrem niedrigen Lohn. Zu sagen hat sie dazu nichts.

Veronica ist kein Einzelfall. Gemäss einer Studie der Unia aus dem Jahr 2014 müssen 55 Prozent der Lernenden in der Schweiz verbotenerweise regelmässig mehr als neun Stunden pro Tag arbeiten. 57 Prozent werden mit ihrer Arbeit häufig alleine gelassen. Das Gesetz und in gewissen Fällen Gesamtarbeitsverträge stellen Lernende eigentlich unter einen besonderen Schutz. Dieser Schutz wird aber kaum gewährt. Mehr als die Hälfte der Lernenden hat noch nie eine Kontrolle in ihrem Betrieb erlebt. Zahlreiche Kantone kommen ihrer Aufsichtsfunktion sehr mangelhaft nach, was auch dem Leistungsabbau der bürgerlichen Mehrheiten geschuldet ist.

Zunehmende Entwertung der Lehre

Knapp zwei Drittel aller Jugendlichen in der Schweiz absolvieren eine Berufslehre. Für die grosse Mehrheit der jungen Menschen ist eine qualitativ hochwertige, attraktive und Ausbildung unter gerechten Rahmenbedingungen von zentraler Bedeutung. Das Bildungssystem in der Schweiz ist auf dem Papier sehr durchlässig. Viele Lernende haben

aber trotz guten Leistungen keinen Zugang zur Berufsmaturität. Entweder weil ihnen neben der Lehre die Zeit fehlt oder weil es ihnen vom Lehrbetrieb schlicht verboten wird, sich entsprechend weiterzubilden. Fehlende Perspektiven und mangelnde Mitsprache entwerten die Lehre damit immer mehr.

Rechte verteidigen und ausbauen

Die JUSO Schweiz ist bestrebt, die Rechte der jungen Arbeitenden auf Mitsprache, eine qualitativ gute Ausbildung, auf angemessene Entlohnung, ausreichend Ferien und eine gesicherte Zukunft zu verteidigen und weiter auszubauen. An der Jahresversammlung verabschiedeten die 250 Delegierten deshalb ein Positionspapier mit einem ausführlichen Forderungskatalog zur Berufsbildung. Mit einer Kampagne an den Berufsschulen sollen die Lernenden für den Kampf für eine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse mobilisiert werden. Mit Aktionstagen und einer Petition soll der Druck auf Bund, Kantone und Arbeitgeber erhöht werden, den Schutz und die Rechte der Lernenden auszubauen. Gemeinsam mit einer Generation, welche einen Anspruch auf ein gutes Leben in Freiheit und Menschenwürde hat und welche neue, gerechtere Formen des Wirtschaftens verdient, kämpft die JUSO für mehr Rechte für Lernende.

Weitere Informationen sowie die Petition finden sich unter www.fight-for-your-rights.ch.

Fabian Molina, Präsident JUSO Schweiz,
Vizepräsident SP Schweiz

STANDPUNKT



Begrenzte Politik

Sie häufen sich wieder, die Momente der Fassungslosigkeit beim Medienkonsum. Ich ertrage sie kaum, und doch muss ich Sätze wie diese überall lesen und hören: «Sommarugas Asylchaos endlich ein Ende setzen!» (SVP-Inserat) – «Stopp, wir vergeben kein Asyl mehr!» (Toni Brunner).

Millionen von Kriegsflüchtlingen begeben sich auf eine lebensbedrohliche Reise nach Europa (ja, da gehört die Schweiz dazu), auf der Suche nach Schutz und Hilfe für sich und ihre Kinder. Und Europa kann und muss noch viel mehr tun, um diesen Menschen zu helfen: Die SP hat gefordert, sofort das Kontingent für syrische Flüchtlinge zu erhöhen, Visa-Erleichterungen für Familienangehörige einzuführen, auf die Rückführung von Flüchtlingen nach Italien vorerst zu verzichten sowie die Hilfe vor Ort massiv auszubauen. Unsere Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga ist daran, eine Neustrukturierung des Asylwesens im Parlament durchzubringen. Dies wäre wohl seit Jahren die erste erfolgreiche Asylrevision, welche den Asylsuchenden mit schnelleren Verfahren und der gleichzeitigen Einführung kostenloser Rechtsvertretung eine effektive Verbesserung brächte.

Beim Blick auf die europäische Asylpolitik sehen wir beunruhigende Tendenzen nationalstaatlicher Egotrips, indem verschiedene Länder ihre Grenzen dichtmachen und einige Politiker dies auch in der Schweiz fordern. Doch unsere Antwort auf die humanitäre Katastrophe darf nicht «Abschottung und Augen zu» heissen. Unsere Antwort muss «Mehr Europa und mehr Solidarität» lauten. Dazu braucht es beispielsweise die Einführung eines Verteilschlüssels, die Aufnahme von mehr Flüchtlingen und die Ausweitung der Frontex-Rettungsaktionen.

Diese Forderungen sind unspektakulär und medial sicher nicht so interessant, wie wenn Nationalrat Quadri von der Lega dei Ticinesi fordert: «Wir müssen die Grenzen vorübergehend schliessen und Zäune errichten.» Unsere Forderungen sind aber richtig, denn seit dem Zweiten Weltkrieg waren nie so viele Menschen auf der Flucht und die Krisenherde brennen weiter. Wir stehen in dieser ausserordentlich schwierigen Situation in der Pflicht zu helfen, und wir stehen auch in der Pflicht zu verhindern, dass Männer unsere Asylpolitik bestimmen, welche begrenzte Politik machen.

Flavia Wasserfallen, Co-General Secretary of the SP Schweiz

100 Jahre Zimmerwalder

ANFANG SEPTEMBER IST ES HUNDERT JAHRE HER, DASS SICH IN ZIMMERWALD MITTEN IM ERSTEN WELTKRIEG SOZIALISTINNEN UND SOZIALISTEN AUS KRIEGFÜHRENDEN UND NEUTRALEN EUROPÄISCHEN LÄNDERN TRAFEN. NACH TEILWEISE KONTROVERSEN DISKUSSIONEN VERABSCHIEDETEN SIE EINSTIMMIG EIN MANIFEST. ES RIEF DIE «PROLETARIER EUROPAS» ZUM KAMPF «FÜR EINEN FRIEDEN OHNE ANNEXIONEN UND KRIEGSENTSCHÄDIGUNGEN» AUF.

Der Erste Weltkrieg übertraf im Ausmass der Opferzahlen und Zerstörungen alle vorherigen Kriege. Seit langem vor ihm gewarnt hatte die sozialistische Arbeiterbewegung. So beschlossen die Internationalen Sozialisten-Kongresse in Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912) mit allen Mitteln gegen einen drohenden Krieg einzustehen und, falls dennoch ein Krieg ausbrechen sollte, «für dessen rasche Beendigung» zu kämpfen. Doch als der Krieg im August 1914 tatsächlich ausbrach, war die sozialistische Internationale gelähmt. Die meisten sozialistischen Parteien glaubten den Behauptungen der Regierungen, dass es sich um einen Verteidigungskrieg handle. Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) bewilligte am 4. August 1914 die Kriegskredite. Belgische und französische Sozialisten traten in die Regierungen ein. Nur in Russland und Serbien, wo die Sozialdemokraten verfolgte, kleine Gruppen waren, stimmten ihre Parlamentarier gegen den Krieg. Auch in Italien, das erst im Frühling 1915 in den Krieg eintrat, kämpfte die Sozialistische Partei konsequent gegen den Krieg.

Warum Zimmerwald?

In Kontakten zwischen Mitgliedern der italienischen, der schweizerischen und der – zu einem grossen Teil im schweizerischen Exil lebenden – russischen und polnischen Sozialdemokratie entstand die Idee, eine internationale Konferenz sozialistischer Kriegsgegner zu organisieren. Diese Konferenz war nur in einem neutralen Land denkbar, da in den kriegführenden Ländern die Presse- und Versammlungsfreiheit weitgehend ausser Kraft gesetzt worden war. Robert Grimm übernahm die Organisation dieser Tagung. Er verfügte über gute internationale Verbindungen und bot seit



Adrian Zimmermann ist freischaffender Historiker und zurzeit Gastforscher am Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam

Herbst 1914 als Redaktor der «Berner Tagwacht» Kriegsgegnern aus ganz Europa eine Plattform. Mit Zimmerwald wählte Grimm bewusst einen abgelegenen und im Vorfeld geheim gehaltenen Tagungsort. Nur so war es möglich, unbehelligt von gegnerischen Journalisten und Agenten der kriegführenden Staaten zu tagen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer besser vor Repressalien in ihren Heimatländern zu schützen.

Teilnehmende und Diskussionen

Das Konferenzprotokoll verzeichnet 38 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Frankreich, Deutschland, Italien, Russland, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz, Bulgarien, Rumänien und dem damals zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und dem Russischen Reich aufgeteilten Polen. Zwei britische Sozialisten konnten nicht teilnehmen, weil ihnen ihre Regierung die Pässe verweigert hatte.

Es ist nur natürlich, dass seit der russischen Revolution 1917 Lenin der berühmteste Teilnehmer der Zimmerwalder Konferenz ist. Doch im Herbst 1915 war er ausserhalb der russischen Oppositionskreise noch wenig bekannt. In Zimmerwald vertrat er zudem nur eine Minderheit. Zu schematisch war der Konferenzmehrheit seine Lehre, dass der Weltkrieg zwingend zur Weltrevolution führen müsse. Ebenso auf Ablehnung stiess sein Aufruf zur Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung. Lenins entsprechende Anträge wurden in Zimmerwald denn auch mit grosser Mehrheit abgelehnt. Zu seinen wenigen Unterstützern gehörte der damalige Zentralsekretär der SP Schweiz, Fritz Platten, der später zu den Gründern der Kommunistischen Partei der Schweiz gehören sollte, in die Sowjetunion auswanderte und dort – wie viele andere Teilnehmende der Konferenz – Opfer der stalinistischen «Säuberungen» wurde.

Die Beschlüsse

Gemäss dem einstimmig verabschiedeten Zimmerwalder Manifest war der Krieg eine «Folge des Imperialismus, des Strebens der kapitalistischen Klassen jeder Nation, ihre Profitgier durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der Naturschätze des ganzen Erdballs zu nähren». Das Manifest kritisierte diejenigen Arbeiterorganisationen, die zu Kriegsbeginn einen «Burgfrieden» mit den herrschenden Klassen ihrer Länder geschlossen hatten. Es rief die Arbeiterinnen und Arbeiter auf, für einen «Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen» zu kämpfen. Weiter konstituierte sich in Zim-



Konferenz

merwald die «Internationale Sozialistische Kommission zu Bern» ISK. Das Präsidium der ISK übernahm Grimm, weitere Mitglieder waren der Neuenburger Nationalrat Charles Naine sowie zwei Mitglieder der italienischen sozialistischen Partei: Oddino Morgari und Angelica Balabanoff, die ursprünglich aus der Ukraine stammte und neben Grimm die wichtigste Organisatorin der Zimmerwalder Bewegung war.

Die Folgen

Die ISK setzte den Kampf gegen den Krieg fort, verbreitete Informationen über Friedensaktionen in den einzelnen Ländern und organisierte zwei weitere Konferenzen in Kiental (April 1916) und Stockholm (September 1917).

Im Dezember 1915 stimmten im deutschen Reichstag, im Sommer 1916 in der französischen Nationalversammlung erstmals grössere

oppositionelle Minderheiten der sozialistischen Parlamentsfraktionen gegen die Kriegskredite.

Je länger der Krieg dauerte, desto stärker nahmen überall Proteste, Demonstrationen und Streiks gegen seine wirtschaftlichen und sozialen Folgen wie mangelhafte Lebensmittelversorgung und Teuerung zu. In Russland, Österreich-Ungarn und Deutschland kam es schliesslich sogar zu Revolutionen. An all diesen Bewegungen waren auch Persönlichkeiten führend beteiligt, die an der Zimmerwalder Konferenz teilgenommen hatten. Deshalb zu behaupten, wie dies General Wille am 4. November 1918 tat, die Konferenz habe beschlossen, «mit dem Umsturz der staatlichen Ordnung in der Schweiz den Anfang zu machen», ist aber falsch: Soziale Bewegungen sind keine Armeen, deren Aktionen von einem Generalstab «beschlossen» werden.

DIE INTERNATIONALE BEWEGUNG DER ARBEITER UND ARBEITERINNEN GEGEN DEN KRIEG

Tagung, 4./5. September im Volkshaus Bern

FREITAG

Referate, 9–14 Uhr

Die Internationale und der Krieg Dr. Markus Bürgi

Die Zimmerwald-Bewegung Dr. Bernard Degen

Zimmerwald und die Spaltung der Internationalen Dr. Adrian Zimmermann

Die Schweiz und der Erste Weltkrieg. Ein Blick über die Grenzen Prof. Dr. Jakob Tanner

Justification of War Prof. Dr. Donald Sassoon

Was heisst (sozialistische) Friedenspolitik heute? Dr. Peter Hug

Workshops 14–19.30 Uhr

Angelica Balabanoff Dr. Jörn Schütrumpf. **Internationale Solidarität und linke Friedenspolitik** Dr. Anne Polikeit, Dr. Monika Wicki, Hermann Kopp, Dr. Peter Strutynski. **Zimmerwald, Kiental und die österreichische Arbeiterbewegung** Prof. Dr. Hans Hautmann. **Grimm, der Völkerbund und die UNO – kommt Frieden ohne internationale Institutionen aus?** Dr. Peter Hug. **Streik als politische Waffe – damals und heute** Prof. Dr. Christian Köller. **Die Zweite Internationale, Imperialismus gestern und heute** Hans Schöpfi und Dr. Markus Bürgi

SAMSTAG

Podium, 9–12.30 Uhr

Die internationale Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen für den Frieden – heute und morgen mit Gregor Gysi (D), Beatriz Talegon (E), Kirill Buketov (RUS), Jean-Pierre Brard und Marie Noëlle Linemann (F) und Christian Levrat (CH)

Workshops Fabian Molina, Rebekka Wyler, Monika Wicki. Fazit Andreas Gross

Kosten: 1 Tag Fr. 80.–/2 Tage Fr. 120.–

Anmeldung unter www.zimmerwald1915.ch oder an bettina.stuessi@bluewin.ch

Veranstalter: Robert-Grimm-Gesellschaft/abb Arbeit und Bildung Bern



Farblithografie des Hotels «Beau Séjour» (1864), wo vom 5. bis 8. September 1915 die Konferenz von Zimmerwald stattfand.

Mehr Zeit für die Familie

VIELE VÄTER WÜNSCHEN SICH MEHR ZEIT MIT DER FAMILIE, VIELE MÜTTER WÜRDEN GERNE MEHR ARBEITEN. DIE SP FORDERT DESHALB EINEN ELTERNURLAUB VON MINDESTENS 24 WOCHEN, DEN DIE ELTERN UNTEREINANDER AUFTEILEN. AUS SICHT DER SP FRAUEN BESONDERS WICHTIG IST, DASS MÄNNER MEHR GESTALTUNGSFREIRAUM ERHALTEN – SIE KÖNNEN DAS THEMA ELTERNURLAUB ENDLICH INS ROLLEN BRINGEN.

Die Schweiz ist in Europa einmal mehr das Schlusslicht: Im Gegensatz zu unseren Nachbarn kennen wir hierzulande bis heute keinen gesetzlich geregelten Elternurlaub. In anderen Ländern besteht ein solcher Urlaub, der auch Vätern bezahlte oder unbezahlte erwerbsfreie Tage zugesteht, bereits seit den 1970er-Jahren – damals wurde in der Schweiz gerade mal das Frauenstimmrecht eingeführt. Dabei besteht das Bedürfnis auch in der Schweiz, und zwar bei beiden Geschlechtern.

Komplexe Problemlage

Das Nationale Forschungsprogramm «Gleichstellung der Geschlechter» (NFP 60) hat gezeigt, dass viele Mütter gerne wieder arbeiten würden – oft bleibt ihnen aber keine Wahl und sie bleiben zu Hause. Der Grund dafür: Männer verdienen mehr. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein kom-

Wollen wir bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Fortschritte machen, brauchen wir die Männer an Bord.

plexes Thema, das viele politische Forderungen wie jene nach mehr Lohngleichheit umfasst. Wir haben in diesem Bereich schon einzelne Erfolge errungen. Klar muss aber sein: Ein gutes und breites Angebot an bezahlbaren Kinderbetreuungsplätzen reicht zur Lösung des Problems nicht aus. Viele Eltern möchten ihre Kinder selbst betreuen – und sollen das auch können.

Mindestens 24 Wochen Elternzeit

Wir fordern deshalb eine bezahlte Elternzeit. Ein Anspruch auf eine mindestens 24-wöchige, bezahlte Elternzeit, während der 80 Prozent des versicherten Lohns ausbezahlt werden, soll das sicherstellen. Die Elternzeit soll auch Teilzeit bezogen werden können – wodurch sich die Bezugsdauer verlängert.

Das wäre ein grosser Schritt hin zur tatsächlichen Gleichstellung: Väter erhielten die Möglichkeit, bereits ab der Geburt für ihr Kind

Verantwortung zu übernehmen, und Mütter die Chance, früher wieder ins Berufsleben einzusteigen. Das Projekt «Teilzeitmann» von «männer.ch», dem Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen, zeigt, dass viele Männer gerne Teilzeit arbeiten und sich vermehrt um ihren Nachwuchs kümmern möchten.

Männer, wehrt euch!

Genau darin liegt noch Potenzial: Wenn wir beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf endlich Fortschritte machen wollen, brauchen wir die Männer an Bord. Das Thema ist keineswegs nur ein Frauenthema – es betrifft beide Elternteile (und streng genommen eigentlich auch noch weitere Betreuungs- und Bezugspersonen des Kindes). Wir brauchen deshalb das politische Engagement der Männer und deren Willen, an der jetzigen Situation etwas zu ändern. Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen nicht nur die Ansprüche der Frauen, sondern auch jene der Männer berücksichtigen: Genauso wie für Frauen brauchen wir auch für Männer Modelle, die diesen mehr Freiheiten beim Ausbalancieren von Familien- und Arbeitszeit erlauben. Auch Männer sollen frei entscheiden können, wie viel Zeit sie der Familie widmen und wie viel Familienarbeit sie leisten wollen. Diese Freiheit kommt auch den Frauen zugute: Wenn mehr Männer zu Hause bleiben wollen, können mehr Frauen wieder ins Berufsleben einsteigen und das Angebot an Teilzeitstellen für Männer würde aufgrund der Nachfrage wachsen. Das wiederum könnte eine Veränderung des wirtschaftlichen Systems hin zu flexibleren Arbeitsverhältnissen bedeuten. Eine Win-win-Situation also.

Yvonne Feri, Nationalrätin AG und Präsidentin der SP Frauen Schweiz



Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen nicht nur die Ansprüche der Frauen, sondern auch jene der Männer berücksichtigen.

12 Jahre Regierungsarbeit – danke, liebe Yvonne!

Wer Yvonne's Wirken für unsere Partei in den wenigen Zeilen, die hier zur Verfügung stehen, würdigen will, muss zwangsläufig scheitern. Zu umfassend war ihr Engagement, zu vielfältig ihre Wirkungsstätten und zu breit ihre Arbeit. Trotzdem mache ich gerne den Versuch und konzentriere mich auf die Jahre von Yvonne als Regierungsrätin, die zwölf Jahre, seit denen ich in der SP aktiv bin.

Als Yvonne 2003 zur Regierungsrätin gewählt wurde, hatte sie bereits viele Jahre politische Arbeit geleistet. Das Engagement in der SP Ebikon führte sie bereits 1988 in die Schulpflege und hinterliess offensichtlich Eindruck, denn bereits 1991 wurde sie in den Grossen Rat gewählt. Während ihrer Arbeit im Grossen Rat blieb sie Ebikon aber weiterhin eng verbunden, so eng, dass sie 1996 als Gemeinderätin gewählt wurde.

Für mich war immer beeindruckend, wie Yvonne das Thema Sicherheit auf eine sehr souveräne Art zu einem sozialdemokratischen Thema machte.

In der kantonalen Politik festigte Yvonne ihren Ruf als kompetente Grossrätin, die ihre Geschäfte immer gut vorbereitet hatte und diese in den Kommissionen überzeugend und klar einbrachte. Dabei war sie gerne im ganzen Kanton unterwegs und suchte den Kontakt zur Bevölkerung. Beides kam ihr in ihrem Präsidentschaftsjahr 2002 zupass, als sie als höchste Luzernerin genau dies im Rahmen ihrer Repräsentationsaufgaben machen durfte.

Die Nähe zur Bevölkerung und der allseitige Respekt verhalfen ihr zum ersten Mal 2003, aber auch in den folgenden Wahlen, zu ausgezeichneten Wahlergebnissen. 2007 schaffte sie als erste SP-Regierungsrätin die Wahl im ersten Wahlgang und 2011

erreichte sie im ersten Wahlgang das zweitbeste Resultat aller Regierungsräte.

Zu Beginn ihrer Amtszeit hatte Yvonne gleich grosse Aufgaben zu bewältigen. In Folge der Verkleinerung des Regierungsrates von sieben auf fünf Mitglieder fiel ihr die Aufgabe zu, das Polizei- mit dem Justizdepartement zu vereinen. Fusionen blieben auch weiterhin ihr Thema. Neben der Fusion von Stadt- und Kantonspolizei waren dies vor allem die Gemeindefusionen, die mit der Gemeindeform 2000+ seit Jahren ein Thema sind.

Für mich persönlich war immer beeindruckend, wie Yvonne das Thema Sicherheit auf eine sehr souveräne Art zu einem sozialdemokratischen Thema machte. Gerade heute, wo Sicherheit für viele gleichbedeutend ist mit Repression und Härte, verstand es Yvonne Sicherheitspolitik in dem Sinne zu machen, das Sicherheit immer auch die Sicherheit der Schwachen, der Benachteiligten und derjenigen ist, die zu häufig keine eigene Stimme haben. Die Gewaltprävention, vor allem im Bereich der häuslichen Gewalt, des Frauenhandels oder der Kinderpornografie, sind Ausdruck dieser Art des Denkens.

Das Departement von Yvonne war aber auch immer wieder eine Herausforderung im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Partei. Wegweisungsartikel, Videoüberwachung oder Demonstrationen führten in der SP immer wieder zu heftigen Diskussionen. Aus meiner Optik stärkten diese Diskussionen aber das Band innerhalb der SP, vor allem aber auch zwischen der SP und Yvonne.

Damit möchte ich auch abschliessen: Wir – egal ob Partei, Parteileitung oder Fraktion – konnten auch in ihrer intensiven Zeit als Regierungsrätin immer auf Yvonne zählen. Sie war immer dabei, an Sitzungen, Parteitagen oder Sektionsfesten, half uns mit ihrer Erfahrung und ihrem strategischen Denken oder auch mit einem guten Wort.

Liebe Yvonne, wir danken dir ganz herzlich für deine Arbeit, die du in all den Jahren für die SP geleistet hast, und wünschen dir alles Gute und die Musse, deine zurückgewonnene Freizeit zu geniessen.

Daniel Gähwiler, Vize-Präsident SP Kanton LU



ELBA: Warum das Referendum?

1,8 Milliarden Franken sollen in den nächsten Jahrzehnten in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Unterbaselbiet investiert werden! Auf Antrag des Regierungsrates hat der Landrat diesen Grundsatzentscheid gefällt. Als Resultat eines mehrjährigen Entwicklungsplanungsprozesses wurden dem Landrat zwei unterschiedliche Lösungsansätze vorgelegt. Während die Variante «Umbau» die zielgerichtete Weiterentwicklung der bestehenden Struktur verfolgt und ca. 800 Mio. Franken kostet, verlangt die Stossrichtung «Ausbau» radikal neue Elemente und schlägt mit ca. 1,8 Milliarden Franken zu Buche.

Im «Umbau» werden Industriebrachen und unternutzte Areale neu genutzt und die Entwicklung entlang der bestehenden Verkehrsinfrastrukturen konzentriert. Der öffentliche Verkehr wird deutlich gestärkt. Die Stossrichtung Umbau sieht eine Verdichtung entlang der Hauptverkehrsachsen vor. Im Gegensatz zum «Ausbau» gibt es keine Gemeinden, die einseitig vom Wachstum profitieren bzw. darunter leiden. Vielmehr wird ein gleichmässiges Wachstum, eine ausgewogene Entwicklung der

Einwohnerstärke der Gemeinden angestrebt. Arbeit und Wohnen am gleichen Ort, das ist ein wesentliches Ziel der Variante «Umbau».

Die momentane finanzielle Situation unseres Kantons lässt, wenn überhaupt, höchstens die Variante «Umbau» zu und diese ist erst noch die bessere Lösung. Das vom Landrat favorisierte Projekt Ausbau ist überrissen und jenseits aller Realitäten. Die SP steht klar hinter der Variante «Umbau» und befürwortet die Ausarbeitung eines Vorprojekts für den Zubringer Allschwil. Der «Ausbau» ist hingegen nicht zu verantworten. Der Kanton Basel-Landschaft ist mit 2,9 Milliarden Franken im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit doppelt bis dreifach so hoch verschuldet wie die allermeisten anderen Kantone der Schweiz. Wir haben also ein langfristiges Finanzproblem, das auch noch die kommenden Generationen beschäftigen wird. Die SP ist klar der Meinung, dass das Volk über solch weittragende Konsequenzen befragt werden muss. Darum das Referendum!

Christine Koch ist Landrätin und Mitglied der Bau- und Planungskommission



Danke, Urs! Zum Rücktritt von Regierungsrat Urs Wüthrich

Der 30. Juni 2015 war der letzte Tag in der Regierungstätigkeit von Urs Wüthrich. Urs wird als Bildungsdirektor in die Geschichte eingehen, der im Kanton Baselland Harnos umgesetzt hat. Damit ist er dem klaren Willen der Baselbieter Bevölkerung nachgekommen. Heute darf mit Fug und Recht behauptet werden, dass Harnos auf der Primarstufe funktioniert. Die ersten Schülerinnen und Schüler lernen bereits zwei Fremdsprachen und durchlaufen nun die 6. Klasse in der Primarstufe. Die Lehrerinnen und Lehrer sind gut vorbereitet und bereit, die unterschiedlichen Herausforderungen anzunehmen. Widerstand gibt es vor allem von einigen Sekundarlehrerinnen und -lehrern, die nicht bereit sind, neue Wege zu gehen. Mit solchen Vorbehalten umzugehen, war für Urs kein grundsätzliches Problem. Schwierig wurde es, weil die Politik den Widerstand und damit die Lehrpersonen instrumentalisierte, um eine konstruktive Umsetzung von Harnos zu behindern und damit Urs Wüthrich und die ganze SP zu diskreditieren. Es zeichnet Urs aus, dass er unentwegt vorwärts schritt. So kann heute festgestellt werden, dass die schulische Integration ausgezeichnet funktioniert, obwohl der Landrat die entsprechende Vorlage an den Regierungsrat zurückgewiesen hat. Urs ist der Prag-

matiker, der Lösungen im Alltag findet und ohne grosse Worte zum Ziel kommt.

Urs Wüthrich war aber auch der Regierungsrat, der sich intensiv mit der Kultur beschäftigt hat. Er hat unzählige kulturelle Anlässe auf der Landschaft und in der Stadt besucht und damit auch immer seine Wertschätzung den Schaffenden gegenüber ausgedrückt. Sein grosses Verdienst ist die Erarbeitung des Kulturleitbildes und des kürzlich im Landrat verabschiedeten Kulturgesetzes.

Und Urs Wüthrich hat auch den Sport sehr ernst genommen. Während seiner Regierungstätigkeit hat sich das Sportamt intensiv mit der Förderung des Breiten- und des Spitzensports befasst. Urs sorgte dafür, dass Spitzensportler/innen in der kantonalen Verwaltung eine Lehre absolvieren und gleichzeitig ihren Sport ausüben können.

Es gäbe noch viel zu erwähnen: Den Univertrag, den Ausbau der Fachhochschule Nordwestschweiz, usw. Hinter all dem steckt die unermüdete Arbeit und die Ausdauer eines Regierungsrates, der – gegen alle Widerstände – immer auf dem Boden und seinen Überzeugungen treu geblieben ist, aber immer auch offen war für andere Argumente und neue Perspektiven.

Regula Meschberger, Co-Präsidentin SP BL

Arbeitsgruppe zum Armutsbericht Baselland

Endlich ist nun der durch einen SP-Vorstoss verlangte Armutsbericht Baselland erschienen. Wir nehmen das zum Anlass, den Bericht in einer Arbeitsgruppe zu studieren und daraus die notwendigen politischen Schlüsse zu ziehen. Wer mitarbeiten will, melde sich bei Ruedi Brassel: ruedi.brassel@sp-bl.ch

Strafgericht Baselland

Im Strafgericht Baselland wird ein Sitz frei, der von der SP besetzt werden kann. Es handelt sich um ein Nebenamt im Umfang von 5–15 Stellenprozenten. Eine juristische Ausbildung ist nicht Voraussetzung, aber von Vorteil. Wer an einer Kandidatur Interesse hat, melde sich bis zum 31. Juli 2015 bei der Fraktionspräsidentin Kathrin Schweizer: kathrinschweizer@vtxmail.ch.

Sachgruppe Justiz

In der SP Baselland entsteht neu eine Sachgruppe Justiz. Wer Interesse daran hat, melde sich bei Ruedi Brassel: ruedi.brassel@sp-bl.ch.

Gemeinderatswahlkampf 2015 in Kreuzlingen

MIT ETWA 25 PROZENT WÄHLERANTEIL HAT DIE SP IN KREUZLINGEN BEI DEN GEMEINDERATSWAHLEN 2015 IHR BESTES ERGEBNIS SEIT JAHRZEHNEN FEIERN KÖNNEN. DIE URHEBER DIESER WAHLSIEGES SCHAUEN ZURÜCK UND NACH VORNE.

Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf! Der Sitzgewinn bei den letzten Gemeinderatswahlen in Kreuzlingen im April 2015 ist in erster Linie der permanenten Arbeit im Vorstand und in der Fraktion zu verdanken. Einerseits vertrat in der vergangenen Legislaturperiode die SP-Fraktion eine Politik mit klaren Argumenten und Haltungen in kommunalpolitischen Belangen. Unliebsame Punkte wurden angesprochen, die Exekutive konstruktiv kritisiert und eigene Anträge erfolgreich durchgesetzt. Andererseits diskutierte der Vorstand mit seinen «SP-Stadtgesprächen» diese Themen mit der Stadtbevölkerung. Es ist wichtig, dass man während vier Jahren aktiv ist und an seiner Politik erkannt wird, denn Wahltag ist auch Zahltag!

Mit der Kandidatensuche wurde bereits frühzeitig begonnen und sie wurde von allen Vorstandsmitgliedern und den GemeinderätInnen mitgetragen. Auch war uns die Zusammensetzung der Liste sehr wichtig: Sie sollte bezüglich Alter, Geschlecht und Berufe ausgewogen

Die Erwartungen an die Fraktion sind hoch.

sein und eine gute Durchmischung aufweisen. Während die Geschlechterparität scheiterte, war es möglich viele junge und motivierte Kandidierende zu gewinnen. In Zusammenarbeit mit der JUSO wurden einige Aktionen durchgeführt, mit Medienmitteilungen und Leserbriefen in den lokalen Medien und Facebook wurde die Relevanz der jungen sozialdemokratischen Politik für Kreuzlingen betont; die Resonanz motivierte zu weiteren Aktivitäten.

In Kreuzlingen leben derzeit rund 53 Prozent Ausländerinnen und Ausländer, die wegen der kantonalen Vorgaben leider immer noch nicht mitwählen und -stimmen dürfen. Von den verbleibenden rund 8500 Stimmberechtigten gehen im Durchschnitt ungefähr 30 Prozent zur Urne. Grundlegend wichtig war es die eigenen Wählerinnen und Wähler an die Urne zu bringen. Drei Massnahmen waren hierfür in unserem Wahlkampf im Frühling 2015 zentral: Erstens fanden während acht Wochen die samstäglichen Standaktionen im Zentrum von Kreuzlingen statt, um mit der Bevölkerung zu diskutieren und Fragen zu beantworten. Zweitens verschickten sämtliche Kandidatinnen und Kandidaten persönliche Postkarten an Freunde, Bekannte und Interessengruppen mit der Bitte sich an der

Wahl zu beteiligen. Drittens wurden die Plakate, Flyer, Inserate und Postkarten von einer Grafikerin professionell gestaltet, die «hauseigenen» Texte und Slogans wurden dabei überprüft und gekonnt in Szene gesetzt. Damit bekam die gesamte Kampagne einen roten Faden und setzte sich von den Mitbewerbern deutlich ab.

Das herausragende Resultat (neu mit zehn GemeinderätInnen) verpflichtet: Die Erwartungen an die Fraktion sind hoch, als stärkste Partei in der Stadt Kreuzlingen trägt man auch Verantwortung. Die Ziele entsprechen ganz dem Wahl-Slogan «SP – die StadtPartei»: Kreuzlingen soll und muss sich endlich als Stadt verstehen. Dazu gehören beispielsweise vernünftige Konzepte in den Bereichen Verkehr, Sport und Kultur, eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Nachbarstadt Konstanz oder Förderung von bezahlbarem Wohnraum. Wir bleiben motiviert und wollen diesen Schwung in die Stadt tragen – denn: Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf.

Für die SP-Fraktion und den SP-Vorstand:
Cyrill Huber, Präsident SP Kreuzlingen und Gemeinderat
Nina Schläfli, Vizepräsidentin SP Kreuzlingen und Gemeinderätin



Die GemeinderatskandidatInnen 2015 der SP Kreuzlingen.

13. AUGUST 2015

19.30 UHR IM SAAL DES RESTAURANT KREUZ IN SOLOTHURN

SCHWARZ — GELB — ROTDREI HISTORIKER ÜBER DIE GESCHICHTE DER
SOLOTHURNER PARTEIEN VON 1890 BIS HEUTE

- **URBAN FINK-WAGNER**, HISTORIKER UND THEOLOGE
- **REMO ANKLI**, HISTORIKER UND THEOLOGE
- **PETER HEIM**, HISTORIKER UND ALT STADTARCHIVAR



MODERATION: CHRISTIAN VON ARX, REDAKTOR

125JAHRE.SP-SO.CH



VERANSTALTER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI KANTON SOLOTHURN

125 Jahre SP Kanton Solothurn

Das OK für das Jubiläumsjahr 2015 hat bis anhin während 12 Sitzungen und unzähligen Stunden zu Hause oder draussen riesige Arbeit geleistet. Die Vorbereitungen für das Fest laufen auf Hochtouren. Die Einladungen sind in über 3000 Haushaltungen eingetroffen. Das Festprogramm wird sich sehen lassen können. Wir freuen uns schon jetzt auf ganz viele Menschen am 29. August in der Rythalle in Solothurn. Auf 125jahre.sp-so.ch/ kannst du Momentaufnahmen seit der Gründung der SP im Jahre 1890 mitverfolgen.

Die Schweiz liegt in Europa

Die nächste Legislaturperiode wird massgeblich von der Klärung unseres Verhältnisses zu den europäischen Nachbarn geprägt sein. Es lohnt sich deshalb, sich darüber Gedanken zu machen.

Die EU hat tatsächlich Probleme: Interne Differenzen, eine unbeliebte Bürokratie in Brüssel, den Euro und die hohe Staatsverschuldung insbesondere Griechenlands – wahrlich grosse Aufgaben, die zu lösen sind. Das schlägt sich auch bei der Wahrnehmung der EU in der Schweiz nieder.

Aber vergessen wir nicht: Die Europäische Einigung – von Churchill in Zürich 1946 unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges eingefordert – von der Montanunion 1951 bis

MEIN STAND- PUNKT

Andreas Bühlmann,
Chef Amt für Finanzen
andreasw.buehlmann@bluwin.ch



zur heutigen EU hat uns die längste Friedensperiode in diesem vorher von Kriegen gezeichneten Erdteil gebracht. Getragen durch die Allianz der ehemaligen Erzfeinde Frankreich und Deutschland, von Persönlichkeiten wie Schmidt und Giscard, Kohl und Mitterrand mit der klaren Botschaft: Nie wieder Krieg! Wir sollten das nicht vergessen und dafür auch dankbar sein.

Dazu kommt für uns, dass wir wirtschaftlich auf eine vernünftige Zusammenarbeit mit der EU angewiesen sind. Das Volk hat nach dem EWR-Nein 1992 den bilateralen Verträgen zugestimmt. Das hat sich bewährt, neue Chancen eröffnet und wirtschaftliche Erfolge gebracht.

Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative 2014 wird

dieses sorgfältige Geflecht von bilateralen Verträgen gefährdet. Die EU wird an der Personenfreizügigkeit, einem Herzstück dieser Abkommen, keine Abstriche zulassen.

Die SP wird sich weiterhin für die Beibehaltung und Weiterentwicklung der bilateralen Verträge einsetzen. Und wenn die Masseneinwanderungsinitiative dabei im Weg steht, dann müssen wir nochmals abstimmen: Es wird die Abstimmung sein, die für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Weiterentwicklung unseres Landes wegweisend sein wird. Für mich ist klar: Ich will in einem weltoffenen Land leben, das geordnete Beziehungen zu seinen Nachbarn unterhält und sich so wirtschaftlich und sozial weiterentwickeln kann!

Vorbild Dänemark

NACH FAST ZWEI JAHREN ARBEIT LIEGT DAS «DENKNETZ-MODELL FÜR DIE LANGZEITPFLEGE UND -BETREUUNG» VOR. PARALLEL DAZU PUBLIZIERT DAS DENKNETZ EINE STUDIE DER DEUTSCHEN WOHLSTANDSFORSCHERIN CORNELIA HEINTZE, IN DER SIE DIE SKANDINAVISCHEN VERSORGUNGSSYSTEME IN DER LANGZEITPFLEGE MIT DENJENIGEN DEUTSCHLANDS UND DER SCHWEIZ VERGLEICHT. FAZIT: DIE SKANDINAVISCHEN LÄNDER UND INSBESONDERE DÄNEMARK MEISTERN DIE ANFORDERUNGEN EINER MENSCHLICHEN, QUALITATIV GUTEN UND WIRKUNGSOPTIMIERTEN LANGZEITVERSORGUNG WEITAUS BESSER.

Die zentrale Erkenntnis lautet: Billig geht nicht, nur gut oder schlecht. Denn man kann die Aufgabe nicht kleiner machen, als sie ist: Langzeitpatientinnen und -patienten brauchen Pflege, Betreuung und Alltagshilfe, und irgendjemand muss diese Leistungen erbringen. Die mit Abstand besten Ergebnisse basieren auf einem Fundament von gut vernetzten, auf die Bedürfnisse der Betroffenen abgestimmten öffentlichen Care-Diensten, wie sie etwa in Dänemark verfügbar sind. Es ist nur scheinbar paradox, dass sich auf einer solchen Basis mehr Angehörige, Freunde und Bekannte engagieren, als wenn gute öffentliche Care-Dienste fehlen. Im letzteren Fall bleibt die Aufgabe nämlich meist an einzelnen Angehörigen hängen, für die sie eine enorme Last bedeutet. Die übrigen Angehörigen und Bekannten ziehen sich dann zurück, weil sie sich schuldig fühlen und die Situation psychisch oft sehr angespannt ist. Eine weitere gute Nachricht lautet: Unter dem Strich ist es für die Gesellschaft nicht teurer, viel in die Langzeitpflege zu investieren. Denn eine gute, öffentlich getragene Pflege und Betreuung entfaltet präventive Wirkungen genau bei derjenigen Bevölkerungsgruppe, die auch am meisten akutmedizinische Leistungen beansprucht. Stürze beispielsweise sind im ho-

hen Alter ein zentrales Thema. Je öfter sie verhindert werden können, umso besser ist das für die Betroffenen, aber auch für die Kosten der Akutversorgung. Dasselbe gilt für die Gefahr der Vereinsamung und der Altersdepression. So erstaunt es nicht, dass Dänemark zwar im Vergleich zur Schweiz pro Kopf der Bevölkerung mehr als das Doppelte an öffentlichen Geldern (Steuern, Versicherungen) für die Langzeitpflege und -betreuung ausgibt, die gesamten Gesundheitskosten jedoch tiefer liegen.

Schweizer Defizite

Die Denknetz-Fachgruppe Langzeitpflege und -betreuung macht für die Schweiz mehrere Defizite aus, die sich in den nächsten Jahren verstärkt auswirken werden. Betreuungsleistungen sind von der öffentlichen Hand nicht gedeckt; die Angebote an altersgerechtem Wohnen unzureichend und nur sehr punktuell in ein öffentliches Versorgungskonzept eingebettet; die Spitex ist unterfinanziert; die verschiedenen Versorgungsangebote sind schlecht aufeinander abgestimmt; die Finanzierung ist extrem kompliziert und oft lückenhaft, und das Personal erfährt viel zu wenig materielle, strukturelle und ideelle Wertschätzung. Die Langzeitversorgung droht deshalb zunehmend

www.denknetz.ch

in eine Sackgasse zu geraten. Die Fachgruppe will deshalb nach den eidgenössischen Wahlen im Herbst zusammen mit sozialpolitisch aufgeschlossenen Kreisen, mit Organisationen der Leistungserbringer und des Personals diskutieren, wie in der Schweiz ein politischer Prozess angestossen werden kann. Ziel: Eine breite öffentliche Debatte und ein fortschrittliches Agenda-Setting für eine menschliche und zukunftsfähige Versorgung der Langzeitpatientinnen und -patienten in der Schweiz.

Dänemark gibt im Vergleich mit der Schweiz mehr als das Doppelte an öffentlichen Geldern (Steuern, Versicherungen) für die Langzeitpflege und -betreuung aus, die gesamten Gesundheitskosten liegen jedoch tiefer.



AGENDA

Denknetz-Abendveranstaltung

Was läuft schief in der Bildungspolitik?

Dienstag, 8. September, 19.30 Uhr
im Palazzo am Bahnhof Liestal.

Die Harmonisierung des schweizerischen Bildungswesens war einst ein linkes Anliegen, doch deren Umsetzung wird mittlerweile von bürokratischen und ökonomischen Interessen dominiert.

Mit Florence Brenzikofer (Grüne), Regula Meschberger (SP), Heidi Mück (Basta), Susanne Signer (SP). Podiumsgespräch mit Publikumsdiskussion

Denknetz-Tagung (Vorankündigung)

Eine neue Linke in Europa: Podemos?

Fr., 6.11. 18.30–21.30

Sa, 7.11. 9.30–17.00

Kongresszentrum Egghölzli, Bern,
Weltpoststrasse 20

NEUE PUBLIKATIONEN

Die nachstehenden Publikationen finden sich unter www.denknetz.ch

Denknetz-Diskurs Nr. 21

Die neue Debatte um Suffizienz

Denknetz-Fachgruppe Langzeitpflege und -betreuung
Das Denknetz-Modell zur Langzeitpflege und -betreuung: Eine Skizze

Dr. Cornelia Heintze

Skandinavien macht es vor: Eine gute Langzeitpflege und -betreuung ist gut für alle.

Eine Studie im Auftrag von Denknetz und VPOD.

Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie

Vorschlag für eine einheitliche BVG-Solidaritätsrente ab Alter 85



THEATER LÜTZELFLÜH

«Sturmzyte»

EIN ZEITBILD, DAS UNS VIELLEICHT BESSER SEHEN LÄSST,
WAS HEUTE IST

Es ist für die Zuschauer wie eine Zeitreise: Linker Hand das Kolonialwarenlädli, daneben die Wirtschaft «Zur Sonne», Leute radeln auf altertümlichen Velos vorbei. Von fern Fabriklärm. Arbeitslose stehen Schlange vor der Gemeindegemeinschaft. Hier und da greift einer nach der Schnapsflasche in der Tasche des abgewetzten Kittels. Man reisst Witze. Arbeitslosenzwitsche. Das vornehme Auto des Fabrikbesitzers holpert über die Strasse, und aus einem Radio scheppert Marschmusik. Dann ertönt eine Fabriksirene. Eine Sekretärin öffnet das grosse Fabriktor und händigt abgekämpften Arbeiterinnen und Arbeitern das Zahntagstäschchen aus. Die reissen es auf und sehen nach, ob neben dem Lohn der blaue Brief drinsteckt, vor dem ihnen schon lange graut ... So beginnt das Freilichtspiel «Sturmzyte» aus der Zeit der grossen Wirtschaftskrise in den Dreissigerjahren des letzten Jahrhunderts. In einem Ort des schweizerischen Mittelandes haben die Leute in der Schraubenfabrik Arbeit gefunden. Aber im fernen Amerika ist die Börse gekracht; der Wirtschaftsmotor stockt weltweit. Zu Tausenden werden Arbeiter entlassen. Auch dem tüchtigen, jungen Jörg Zollinger wird gekündigt. Eigentlich möchte er nur eine anständige Arbeit,

dann seine nette Freundin heiraten und nach der Arbeit mit seinen Kollegen in der «Sonne» bei einem Bier gemütlich zusammensitzen. Doch daraus wird vorderhand nichts, weil die Zeiten 1935 nicht «normal» sind. Man drängt ihn, der Gewerkschaft beizutreten. Aber die sturen Gewerkschafter sind ihm genauso zuwider wie der arrogante Fabrikant. Dann gerät eine Kundgebung der schweizerischen Nationalsozialisten aus dem Ruder. Und wieder ist für ihn alles anders und er begreift, dass man zusammenstehen muss, um sich trotz allem eine Zukunft zu schaffen.

Über vierzig Darstellende lassen auf dem Areal der Spinnerei und Weberei Rüderswil eine schwierige Zeit aufleben, als die Menschen um ihre Zukunft bangen mussten und dabei erfuhren, dass der Einzelne nicht ohne die andern auskommt. Eine ergreifende Geschichte um Liebe und Mut in schwierigen Zeiten, ein Zeitbild, das uns vielleicht besser sehen lässt, was heute ist.

Ueli Remund ist Autor und Regisseur von «Sturmzyte» und Mitglied der SP Laupen

STURMZYTE

Aufführungen vom 8. Juli bis 20. August
Weitere Informationen
www.theater-lützelflüh.ch
Reservierungen: Emmental Tours:
Tel. 034 402 42 52


 Ein Meisterwerk,
köstlich & komisch.
LE MONDE
 Ein liebenswertes Schelmenstück,
ein grosses Vergnügen.
SRF

 EIN FILM VON JAFAR PANAHI

JETZT IM KINO

**3×2 TICKETS FÜR «TAXI TEHERAN»
ZU GEWINNEN!**

Einlösbar Mo–Fr während der ganzen Spieldauer, in allen Kinos, die den Film zeigen. Teilnahme bis 5. Juli unter http://bit.ly/taxi_linksVL

«Die Widersprüche sind die Hoffnungen»

BESCHLEICHT DICH AUCH MANCHMAL EIN LEICHTES GEFÜHL DER HOFFNUNGSLOSIGKEIT, WENN DU DIR DIE RIESIGEN GESELLSCHAFTLICHEN HERAUSFORDERUNGEN VOR AUGEN FÜHRST, DIE SICH RUND UM THEMEN WIE UNGLEICHHEIT, MIGRATION ODER KLIMAWANDEL STELLEN? ODER WENN ES NICHT HOFFNUNGSLOSIGKEIT IST, DANN ZUMINDEST DAS BEDÜRFNIS NACH DURCHBLICK UND ORIENTIERUNG IN EINER KOMPLEXEN WELT? DAS VOR KURZEM AUF DEUTSCH ERSCHIEBENE BUCH «SIEBZEHN WIDERSPRÜCHE UND DAS ENDE DES KAPITALISMUS» DES HUMANGEODRAFEN UND SOZIALTHEORETIKERS DAVID HARVEY VERMAG DA ABHILFE ZU SCHAFFEN.

Harvey interessiert sich, wie der Titel des Buches sagt, für die Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung. Widersprüche zeigen sich immer dann, «wenn in einer bestimmten Situation, einem Gebilde, einem Prozess oder einem Ereignis scheinbar gegensätzliche Kräfte wirken» (S. 18). Solche Spannungen und Konflikte gibt es immer im Leben, sie können sich beispielsweise dann zeigen, wenn es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht. Oder wenn Secondos sich im Clinch zwischen den Erwartungen der Kultur der Eltern und den Ansprüchen der neuen Heimat befinden. Harvey geht es aber nicht darum, alle Widersprüche zu analysieren, ihn interessieren die spezifischen, inneren Widersprüche des Kapitals (und deren Auswirkungen sind für unser aller Leben umfassend genug).

Siebzehn Widersprüche

Die siebzehn Widersprüche geben den Aufbau des Buches vor, jedem ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Gruppieren sind sie nach sieben miteinander verflochtenen «Grundwidersprüchen» (das Kapital kann ohne sie seine Aufgabe, die Akkumulation, nicht erfüllen), sieben «beweglichen Widersprüchen», an die progressive politische Kräfte anschliessen müssen, um Erfolg zu haben; und schliesslich den sowohl für das Kapital und die Menschheit «gefährlichen Widersprüchen» (exponentielles Wachstum, Kapital und Natur, universelle Entfremdung).

Widersprüche sind Hoffnungen

Was sich eher abstrakt anhören mag, wird von Harvey mit einer klaren Sprache anhand von konkreten

Beispielen ausgeführt und greifbar gemacht. Er schafft es, das Bedürfnis nach Durchblick und Orientierung zu befriedigen, auch wenn die Herausforderungen nach der Lektüre vielfältig und gross bleiben. Und wie steht es um die Hoffnung? Nun, Harveys dialektische Methode ist auch diesbezüglich die richtige. «Die Widersprüche sind unsere Hoffnungen» – auf dieses Zitat von Bertolt Brecht nimmt Harvey mehrmals Bezug. Es geht darum, die dynamische und widersprüchliche Entwicklung des Kapitalismus zu verstehen, um sich nicht in der Symptombekämpfung zu verlieren, sondern sinnvoll und effektiv Widerstand leisten und einen überzeugenden Entwurf einer Alternative entwickeln zu können.

Entfremdung überwinden

Was der Linken heute fehlt, ist gemäss Harvey «ein umfassendes Programm, das politisches Handeln motivieren und bündeln kann, eine kollektive politische Subjektivität, die sich um einen Grundbegriff herum bildet und die uns zeigen kann, wie ein alternativer Wirtschaftsmotor aussehen könnte, mit dem wir die Macht des Kapitals herausfordern und überwinden» (S. 310). Er plädiert dafür, am Begriff der Entfremdung anzusetzen, an den vielfältigen Entfremdungserfahrungen der Menschen im 21. Jahrhundert. Diese ergeben sich etwa aus dem Widerspruch zwischen Gebrauchs- und Tauschwert, wenn die Kapitallogik auf den Kern gesellschaftlicher Reproduktion ausgeweitet wird, auf menschliche Grundbedürfnisse wie Nahrung, Wohnen, Pflege oder Bildung. Aus den Widersprüchen der sozialen Ungleichheit oder der Ent-



Pascal Zwicky ist Projektleiter Themenmanagement bei der SP Schweiz

wicklung der Produktivkräfte, die nicht für das Gemeinwohl genutzt werden. Aus dem Widerspruch von Kapital und Natur, der für Harvey das Potenzial einer das ganze politische Spektrum umfassenden «humanistischen Revolte» in sich trägt, «gegen das Bild des Menschen, der wir werden müssten, um in dem vom Kapital geschaffenen Ökosystem zu überleben» (S. 306). Aber auch aus der Erfahrung der jungen Generation, der Spielregeln wie «Leistung und Vorsorge lohnen sich» vorgegeben werden, die in Wirklichkeit längst ausgehöhlt respektive abgeschafft worden sind. Für Harvey ergibt sich daraus ein politischer Imperativ: «Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die vielen Formen der Entfremdung, die durch den Wirtschaftsmotor des Kapitals hervorgerufen werden, zu erkennen, zu bekämpfen und zu überwinden, indem wir die aufgestaute Energie, den Zorn und die Frustration in einer einheitlichen antikapitalistischen Opposition bündeln» (S. 312).

Das Gegenteil von Entfremdung

Mit Fragen der Entfremdung, Fragen des «guten Lebens», muss sich auch die SP vermehrt auseinandersetzen, der Fokus auf Verteilungsgerechtigkeit reicht nicht. «Mehr Demokratie» als positives und offensives Hegemonieprojekt knüpft daran an. Eine umfassende und emanzipatorische Demokratisierung, das Ermöglichen eines selbstbestimmten Lebens in und mit der Gesellschaft, ist das Gegenteil von Entfremdung. Und Demokratie fordert, gerade wenn sie auf die Sphäre der Ökonomie ausgedehnt wird, die Macht des Kapitals direkt heraus.



David Harvey (2015): **Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus** Berlin, Ullstein, 373 Seiten.

«Politik im Wandel der Zeit»

ERSTMALS FAND IM MAI EINE INFORMATIONSVERANSTALTUNG VON SP KANTON BERN UND SP SCHWEIZ STATT, DIE SICH SPEZIELL AN PERSONEN RICHTETE, WELCHE SICH IM LAUFE DER VERGANGENEN MONATE FÜR DAS LEGATEWESEN DER SP SCHWEIZ INTERESSIERTEN.

Mit Ständerat Hans Stöckli sowie Nationalrätin Nadine Masshardt unter der Moderation von Flavia Wasserfallen wurden die Teilnehmenden auf eine Zeitreise durch die vergangenen Jahrzehnte in und um die Politik mitgenommen.

Was hat sich verändert bei den politischen Inhalten und Schwer-

punkten? Wie gehen heute und gingen früher Politikerinnen und Politiker miteinander um? Wie hat sich die Medienlandschaft verändert und was sind die Auswirkungen? Und welches waren und sind heute immer noch die besten Kampagneninstrumente? Diesen Fragen wurde in der Diskussion auf den

Grund gegangen, bereichert durch vielfältige Redebeiträge und Fragen der Gäste.

Abgerundet wurde die Veranstaltung von einem fundierten, informativen Referat über das heutige Erbrecht von Markus Meyer, Rechtsanwalt und ehemaliger SP-Grossrat des Kantons Bern.

Bewusst regeln

NIEMAND SPRICHT GERNE ÜBER DIE NACHLASSPLANUNG, UND DOCH IST ES SINNVOLL, WENN MAN SICH GEDANKEN DAZU MACHT. WORAUF MAN BESONDERS ACHTEN MUSS, DARÜBER SPRACH MARKUS MEYER AN DER VERANSTALTUNG «POLITIK IM WANDEL DER ZEIT». INTERVIEW: ELIANE BOSS

«links»: Niemand spricht gerne über seinen letzten Willen ...

Markus Meyer: Über den eigenen Tod denkt man verständlicherweise nicht gerne nach. Dennoch sollte man sich früher oder später damit befassen. Dazu gehört auch die Frage, was nach dem Tod mit dem eigenen Vermögen geschehen soll.

Wie hältst du es persönlich damit?

Mit meinen Eltern – beide erfreuen sich besser Gesundheit – haben wir einen Erbvertrag abgeschlossen. Der überlebende Elternteil wird in einem ersten Schritt alles erhalten. Wir Kinder erben später, wenn der zweite Elternteil verstirbt. Was meine Familie angeht – ich bin verheiratet und habe drei unmündige Kinder –, haben wir ganz bewusst die gesetzliche Regelung gewählt, sie passt für unsere aktuelle Situation.

Wie sieht die gesetzliche Erbfolge aus?

Wenn ein Erblasser nichts regelt, so fällt sein Nachlass an die gesetzlichen Erben. Das sind seine Nachkommen oder die eigene Verwandtschaft in der Reihenfolge des Verwandtschaftsgrades sowie der überlebende Ehepartner. Sind keine solchen gesetzlichen Erben vorhanden, fällt die Erbschaft an den Wohnsitzkanton oder die Gemeinde.

Wie kann die gesetzliche Erbfolge geändert werden?

Änderungen sind in sehr begrenztem Rahmen möglich. Es gilt Pflichtteile zu berücksichtigen. Über den nicht von Pflichtteilen geschützten Nachlass kann ein Erblasser auf zweierlei Arten verfügen: mit einem Testament oder einem Erbvertrag. Damit kann man seinen Nachlass einem beliebigen Erben zuweisen, weitere Personen oder Institutionen als Erben einsetzen oder Vermächtnisse ausrichten. Ich erlebe immer wieder, dass Personen oder Organisationen berücksichtigt werden, die nicht gesetzliche Erben sind. Man will dem Götlibuben, der Spitex-Hilfe oder der SP etwas zukommen lassen.

Das interessiert natürlich ... Wie kann man eine Partei beim letzten Willen berücksichtigen?

In aller Regel empfehle ich ein Legat. Eine konkrete Summe, welche man der Partei – der SP Schweiz, der SP des Kantons, dem Regionalverband oder der Ortssektion – zuweist. Es ist aber auch möglich, die Partei ganz oder zu einem Teil als Erbin einzusetzen. Hier gilt es einfach Pflichtteile zu beachten.

Was ist das Motiv von Leuten, welche das wünschen?



Sie wollen ein Engagement, das sie mit Überzeugung gelebt haben, über den Tod hinaus weiterverfolgen und unterstützen. Ab und zu wird ein solches Legat oder ein solcher Erbteil auch noch mit einer Zweckbindung versehen. Beispielsweise die Förderung der Jugend, von Migrantinnen, die Auslobung eines Preises.

Weiterlesen: Das vollständige Interview kann unter www.spschweiz.ch/interview nachgelesen werden.



Milizsystem überholt? Eine Sektion will's wissen.

IMMER WENIGER WAHLBERECHTIGTE SIND BEREIT, SICH AKTIV IN DER GEMEINDEPOLITIK ZU ENGAGIEREN. DAS BEDEUTET EINE GROSSE HERAUSFORDERUNG FÜR PARTEIEN JEGLICHER COULEUR – KREATIVE MASSNAHMEN SIND GEFRAGT. EINE KLEINE BERNER SP-SEKTION GEHT VORAN.

Das mangelnde Interesse an politischen Ämtern auf Gemeindeebene ist für unser Milizsystem und unsere Basisdemokratie fatal. Die SP Vechigen wollte den Ursachen für den Missstand mit einer Umfrage auf den Grund gehen und verschickte Anfang Mai einen Fragebogen in alle Haushaltungen. Die Einwohnerinnen und Einwohner wurden dazu befragt, wie sie sich in Vechigen fühlen, was ihnen besonders am Herzen liegt und ob sie sich selber eine aktive Teilnahme am politischen Dorfleben vorstellen können. Dies einerseits in der Hoffnung, neue Partei- und Exekutivmitglieder zu gewinnen und andererseits, um sich noch klarer zu positionieren – als Vorkämpferin für politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und damit als bürgernahe, nicht bürgerliche Partei. Denn spätestens bei den Gemeindewahlen 2016 muss die SP Vechigen den Wahlberechtigten wieder eine valable Auswahl an Kandidatinnen und Kandidaten für die diversen Behörden und Kommissionen präsentieren.

Erfolgreiche Provokation

Um möglichst viel Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu bekommen, mietete die Berner Ortspartei im Vorfeld des Versands für zwei Wochen das

Was, wenn eine Mehrheit das Milizsystem auf Gemeindeebene für überholt hält?

prominenteste Plakat in der Gemeinde. Mit einer bewusst provokativen Schlagzeile sorgte dieses nicht nur für reichlich Gesprächsstoff im Dorf, sondern dank einer Pressemitteilung auch in lokalen Medien wie der «Berner Zeitung» und der Internet-Plattform «bern-ost.ch». Noch gewaltiger aber war das Feedback im Postfach der SP Vechigen, insbesondere von älteren Einwohnerinnen und Einwohnern. So wurden bis Ende Mai rund 300 von insgesamt 2250 versendeten Fragebogen ausgefüllt und im vorfrankierten Antwortcouvert retourniert, vier Fünftel davon nahmen gleichzeitig am Wettbewerb um Abfallgebührenmarken im Gesamtwert von 300 Franken teil. Das entspricht einem guten Rücklauf von 13 Prozent.

Die Partei wurde für ihr Vorgehen nicht nur gelobt, sondern für die brachiale Wortwahl auf Plakat und Couvert, die «ein schlechtes Vorbild für die Jugend» abgebe, auch heftig kritisiert – womöglich zu Recht, wobei es interessant wäre zu wissen, ob ein sprachlich «korrekter» Auftritt ebenso erfolgreich gewesen wäre. Schliesslich kann man sich auch fragen, ob sich mehr junge Wahlberechtigte an der Umfrage beteiligt hätten, wenn eine Online-Teilnahme möglich gewesen wäre, auf wel-

che die SP Vechigen wegen des damit verbundenen Aufwandes bewusst verzichtet hat. So konnten die Gesamtkosten für diese Aktion unter 5000 Franken gehalten werden, wobei konzeptionelle und textliche Arbeiten, zu denen auch das Beantworten der negativen Feedbacks gehörte, ehrenamtlich geleistet wurden.

Kreative Ideen austauschen

Angesichts der schwindenden Bereitschaft, auf lokaler Ebene politische Ämter zu übernehmen, sind solche kreative Massnahmen gefragt. Da jedoch nicht alle Sektionen über die nötigen Mittel verfügen, um solche Aktionen zu planen und zu realisieren, ist es umso wichtiger, dass die Ideen unter den Sektionen ausgetauscht werden. Dazu sollen auch die Kantonalparteien und die SP Schweiz beitragen. Auf die Ergebnisse der Umfrage, die im Herbst anlässlich einer Pressekonferenz publiziert werden sollen, darf man gespannt sein, vor allem aber auf die Schlüsse, die in der kleinen als auch in der grossen Politik daraus gezogen werden. Was, wenn zum Beispiel plötzlich eine Mehrheit das Milizsystem auf Gemeindeebene für überholt hält?

Daniel Müller ist Kommunikationsverantwortlicher der SP Vechigen



Zum zweiten Mal findet vom 6. bis zum 9. August in Chandolin VS die Sommeruni der SP Schweiz statt. Es hat noch einige freie Plätze. Anmeldung sowie weitere Informationen und das detaillierte Programm unter www.spschweiz.ch/sommeruni

HILF MIT, UNSEREN WAHLKAMPF SICHTBAR ZU MACHEN!

SICHERE RENTEN

SP wählen am 18. Oktober!

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE



Wir haben keine Millionen, um das Land mit bezahlten Plakaten und ganzseitigen Inseraten in den grossen Tages- und Sonntagszeitungen zu überziehen.

Damit unser Wahlkampf sichtbar wird, brauchen wir dich – und natürlich dein Balkongeländer, dein Garagentor, deine Scheune oder deinen für die letzten kantonalen Wahlen selber gezimmerten Plakatständer: Ab sofort kannst du unter www.spschweiz.ch/dachkampagne Plakate fürs Wildplakatieren und weiteres Kampagnenmaterial bestellen.

ACHTZEHNPROZENTIX UND DIE HAUT DES WILDSCHWEINS

Die Freisinnigen spüren erstmals seit einem Vierteljahrhundert etwas Wind unter den Flügeln. Euphorisiert warnt Philipp Müller an der Delegiertenversammlung davor, die Schweiz zum Asterix-Dorf zu machen. Man stelle sich vor: Die Schweiz ein Asterix-Dorf, umzingelt von übermächtigen europäischen Legionen. Das wäre wahrlich ein wilder Haufen, der sich da hinter den morschen Masseneinwanderungspalisaden verschanzte hielt!

Da gäbe es neben Müller – besser bekannt als Achtzehnprozentix – den mindergeliebten staatlichen

Frischfischverkäufer Servicepublix sowie den skrupellosen Waffenschmied und -exporteur Kümmertmichnix. Das Sagen hätten Lassreinnix, Privatisierfix und der reiche, aus dem fernen Ausland zugezogene Versteuernix. Natürlich hätte es im Dorf eine Grossbank mit einem ausländischen CEO namens Gaius Bonus und in seinen Schliessfächern würden reiche Europäer ihre Sesterze vor dem ruchlosen europäischen Steuereintreiber Claudius Fiskus verstecken. Den Dorfbewohnern, darunter Interessiertnix und Wählnix, würde täglich eine bräunliche Brühe verabreicht. Angepriesen als Zaubersant, gebraut vom

SAVE THE DATE! WAHLVERANSTALTUNG DER SP SCHWEIZ SAMSTAG, 12. SEPTEMBER 2015, TURGI (AG) 10 UHR BIS CA. 13 UHR

Die SP Schweiz eröffnet am 12. September auf einer 170-jährigen historischen Holzbrücke in Turgi die heisse Phase des Wahlkampfes. Wir schauen ein bisschen zurück, denn schliesslich war der 12. September als Gründungsdatum des modernen Bundesstaates ein wichtiges Ereignis. Und wir schauen vor allem nach vorne. Was kommt auf uns zu – in den nächsten Jahren, aber auch darüber hinaus? Mit welchen Projekte und Zielen werden wir uns positionieren? In welche Richtung wollen wir die Gesellschaft, die Wirtschaft verändern? Und vor allem: Weshalb braucht es die SP in den kommenden 125 Jahren?

PROGRAMM

- MUSIK** 1848er-Lieder der «Hans Fässler Band»; Andy Tschümperlin und seine Band
- REDEN** Prof. Jakob Tanner, Historiker; Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga; Bundesrat Alain Berset; Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments; Christian Levrat, Parteipräsident
- MODERATION** Leyla Gül und Flavia Wasserfallen
- RAHMENPROGRAMM** Gastwirtschaft, Musik und geselliges Beisammensein

ZU SAMMEN
KUNFT



STEFAN KRATTIGER

ROT STICH

alten Druiden Schaffausfix, der mal Häuptling war. Und dann wäre da noch der Barde Indieeufix, der von den anderen gefesselt und geknebelt würde, sobald er seine Laute anstimmte.

Eine lustige Vorstellung. Aber zurück zum Anfang: Vieles von dem, was ich weiss, weiss ich von ihm. Nicht von Müller, sondern von Asterix. Neben meinen rudimentären Latein-Kenntnissen («Nunc est bibendum!») verdanke ich dem patenten Gallier eine alte Weisheit, die sich auch der FDP-Chef zu Herzen nehmen sollte: «Du kannst die Haut des Wildschweins nicht verkaufen, bevor du es erlegt hast.»

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Aktiv in meiner Gewerkschaft: Basisseminar für Vertrauensleute D1.8.1504

31.8.–1.9., Solbadhotel, Sigriswil
Funktion der Gewerkschaft, aktuelle Themenschwerpunkte, Mobilisierung und Aktionsfelder. Referentin: Bildungsverantwortliche aus den Verbänden, Christine Goll (Movendo)

Beruf und Familie – Herausforderungen im Alltag meistern D2.5.1508

8.9. und 10.11., Hotel Olten, Olten
Grenzen der Vereinbarkeit, Strategien für den Alltag, Arbeitsteilung, Verhandlungen mit dem Arbeitgeber. Referentin: Elisabeth Häni (Fachstelle UND)

Beruflich am Ball bleiben – persönlich weiterkommen D2.5.1507

8.9. und 22.9., Trigon Bildungszentrum, Zürich
Ausführliche persönliche und berufliche Standortbestimmung, Ressourcen, Fähigkeiten und Stärken erkennen, berufliche Möglichkeiten kennen, Berufs- und Lebensziele, Aktionsplan. Referent: Christoph Dengler (S&B Institut)

Gesund bleiben am Arbeitsplatz: Führungsaufgabe Gesundheit D2.2.1503

14.–15.9., Solbadhotel, Sigriswil
Analyse des eigenen Führungsstils, Umgang mit Belastung und Leistungsansprüchen, Förderung von Gesundheit und Wohlbefinden, Ressourcen-Management. Referent: Samuel Woodtli (Erwachsenenbildner)

Konfliktmanagement und Mediation D2.4.1531

16.–17.9., Hotel Carlton-Europe, Interlaken
Konflikte diagnostizieren, persönliche Konfliktfähigkeit, Methoden und Instrumente zur Vermittlung in niederschweligen Konflikten. Referent: Oliver Martin (Organisationsberater und Mediator)

Schreibwerkstatt D1.8.1516

24.–25.9., Computerschule Bern, Bern
Artikel verfassen, LeserInnenbriefe schreiben, Wirkung eigener Texte überprüfen, in den Medien Themen setzen. Referent: Stefan Keller (Journalist und Autor)

Stress in Beruf und Alltag D2.5.1503

28.–29.9., Hotel Rest. Toggenburgerhof, Kirchberg SG
Standortbestimmung, Stress-

analyse, Zielsetzungen, Umgang mit Belastungen. Referentin: Nora Herzog (Erwachsenenbildnerin)

Selbstsicheres Auftreten D2.4.1515

1.–2.10., Hotel Walhalla, St. Gallen
Sicherheit gewinnen, rhetorische Stilmittel, Videotraining. Referentin: Nora Herzog (Erwachsenenbildnerin)

Word: Aufbaukurs (MS Office 2013) D2.6.1526

2.10., TEKO, Olten
Dokument- und Formatvorlagen definieren und zuweisen, Kopf- und Fusszeile einfügen, Abschnittswechsel definieren, Grafiken und Diagramme platzieren und beschriften, Verzeichnisse erstellen. Referent: Peter Schriber (Informatikberater)

Soziale Absicherung bei Unfall, Krankheit und Invalidität D1.8.1512

5.–6.10., Solbadhotel, Sigriswil
Funktionsweise, Leistungen, Anspruchsvoraussetzungen und Finanzierung von UV, KV und IV, politische Streitfelder, Zukunftsperspektiven und gewerkschaftliche Positionen. Referentinnen: Anna Sax (Gesundheitsökonomin), Christine Goll (Movendo)

Erfolgreich verhandeln D1.8.1526

8.–9.10., Fortbildungszentrum, Oberdorf SO
Verhandlungsvorbereitung und -beeinflussung, Interessen und Positionen durchsetzen, Berichte von GAV- und betrieblichen Kollektiv-Verhandlungen. ReferentInnen: Beat Keller (Unia), Danièle Lenzin (Erwachsenenbildnerin)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch, Telefon 031 370 00 70 oder Fax 031 370 00 71
Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung pro Jahr werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 230 statt 390 Franken bzw. 300 statt 450 Franken pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

Ein herzliches Danke allen, die

André Daguet 1.6.1947–30.4.2015

in seinem Leben begleiteten und wertschätzten und ihn in seinem letzten Lebensabschnitt im Kampf gegen die schwere Krankheit ALS unterstützten.
Dank der umfassenden, fachlich und menschlich herausragenden Unterstützung der Palliativ-Care-Abteilung des SWAN-Hauses, der umsichtigen Begleitung und Koordination durch die ALS-Beraterin Frau Born und der fürsorglichen Pflege und Unterstützung des Pflgeteams vom Haus für Pflege wurden die Grundlagen geschaffen, dass André bis zuletzt am öffentlichen und politischen Leben aktiv teilnehmen konnte.
Die bewegende Abschiedsfeier, welche die Unia und die SP Schweiz organisierten, das Kerzenmeer von Amnesty International und die gekonnt gewählten und brillant gespielten Orgelklänge von Jürg Brunner würdigten, neben den berührenden Worten von Ruth Dreifuss und Paul Rechsteiner, Andrés Leben in seiner Vielfalt.
Es hätte ihm gefallen und mit seinem letzten Kommunikationsmittel, dem hochgestreckten Daumen, hätte er dies bestätigt.

In grosser Dankbarkeit
Veronika Ruch

- 6.–9. AUGUST
Sommeruni in Chandolin
- 12. SEPTEMBER
nationale Wahlveranstaltung der SP Schweiz
- 19. SEPTEMBER
Herbstanlass SP 60+ Solothurn
- 18. OKTOBER
nationale Wahlen
- 4. DEZEMBER
Koordinationskonferenz
- 5. DEZEMBER
Delegiertenversammlung

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

SP wählen am 18. Oktober!

